Klaus Stein

1. **Bevollmächtigter der IG Metall Geschäftsstelle Mannheim**

Festrede bei der Jubilarfeier am 20.5.2017 im Rosengarten Mannheim

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Jubilarinnen und Jubilare,

bei mehr als 1100 Kolleginnen und Kollegen jährt sich der Eintritt in die IG Metall zum 40. Mal.

Wir ehren mehr als 360 Jubilarinnen und Jubilare für ihre fünfzigjährige Mitgliedschaft,

etwa 300 Männer und Frauen in der IG Metall blicken auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft von 60 Jahren zurück.

108 Jubilarinnen und Jubilare gehören mit ihren 70 Jahren Mitgliedschaft zur Gründungsgeneration der IG Metall nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zusammengezählt fast 90.000 Jahre jubilierende Gewerkschaftszugehörigkeit, eine beeindruckende Zahl,

Jeder von Euch hatte einen besonderen Grund für die Entscheidung, Mitglied in der IG Metall zu werden.

Bei vielen war es der Beginn der Ausbildung oder der beruflichen Tätigkeit, die den Anstoß zur Mitgliedschaft gab.

Vielleicht aber war es auch der Konflikt um einen Tarifabschluss und der Wille am Erfolg teilzuhaben.

Vielleicht auch schlicht und ergreifend die Einsicht, gemeinsam bessere Chancen zu haben, als alleine zu sein, weil es vielversprechender ist, wenn sich Viele zusammen für die gemeinsamen Interessen stark machen.

Im Grunde geht es uns darum, dass wir als Menschen geachtet werden, dass wir Arbeit haben, dass es sich lohnt zu arbeiten, dass wir teilhaben an den wirtschaftlichen Erfolgen, dass wir kein unsicheres, prekäres Leben führen müssen.

Alle gemeinsam haben wir im Laufe der Jahre manches auf den Weg gebracht und möglich gemacht, vieles auch, was damals für völlig ausgeschlossen gehalten worden wäre.

Ja, es ist unübersehbar, unbestreitbar und im Ganzen auch gut und richtig gewesen.

Von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall über Urlaubsansprüche bis hin zu Arbeitszeitverkürzungen.

Von den Entgeltsteigerungen, dem Urlaubs- und Weihnachtsgeld über die Verdienst- und Beschäftigungssicherung im Alter und bei Abgruppierung.

Mit den Zuschlägen für Überstunden, der Arbeit am Wochenende oder bei Schichtarbeit.

Der Möglichkeit der Inanspruchnahme von Altersteilzeit

und der im Grundsatz unbefristeten Übernahme von Auszubildenden.

Vieles ist von uns in dieser Gesellschaft, dieser Demokratie und innerhalb der Tarifautonomie entwickelt und durchgesetzt worden.

Nichts wurde uns geschenkt, oder fiel gar vom Himmel. Es bedurfte keiner gesetzlichen Regulierung oder Einmischung, weil wir Gewerkschaften auf unsere Kraft vertraut haben, immer auch begleitet von Rückschlägen und teils schmerzhaften Kompromissen.

Um durchsetzungsfähig zu sein, kommt es darauf an, dass wir in der Lage sind, für unsere Ziele zu verhandeln, aber auch zu streiten oder zu streiken.

Die Sicherung einer Ordnung, in der der arbeitende Mensch Subjekt und nicht nur Objekt wirtschaftlichen Geschehens ist, ist die Voraussetzung für den Bestand einer freiheitlichen Demokratie.

Sie erst gewährleistet es, jedem Menschen ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses, des Glaubens und der Herkunft, ein freies, menschenwürdiges, sicheres und soziales Leben zu führen.

Sie ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritts und sichert ein friedliches Zusammenleben.

Was aber, wenn die freiheitliche Demokratie, die gegenseitige Daseinsberechtigung von einer gesellschaftlichen Gruppe, von Unternehmen in Abrede gestellt wird?

Was passiert, wenn dieser Grundkonsens gegenseitiger Akzeptanz, bei Aufrechterhaltung der gegensätzlichen Interessen aufgekündigt wird?

Wir alle gemeinsam haben erleben müssen, was es bedeutet, wenn ein Unternehmen sich nicht um Betriebsräte, Gewerkschaften, Belegschaften, den sozialen Frieden und die Mitbestimmungskultur schert.

Die Beschäftigten von General Electric ehemals BBC; ABB und Alstom in Mannheim/ Käfertal mussten schmerzvoll erfahren, mit welchen Konsequenzen es verbunden ist,

wenn Firmenkapital alleinig regieren soll, die erzielbare Rendite zum einzig gültigen Maßstab erkoren wird.

Fast 30 Jahre Unsicherheit und dennoch aufrechter Gang,
mehr als 2 Jahre Kampf um die Arbeitsplätze liegen hinter uns allen.

10 Protestaktionen in der Öffentlichkeit, Demonstrationen im In- und Ausland haben wir in der letzten Auseinandersetzung gemeinsam durchgeführt.

Wir wurden begleitet von vielen.
Von anderen Belegschaften,
Bürgern dieser Stadt,
Initiativen und auch von der Politik.
Insbesondere auch von dem Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und dem uns zur Seite stehenden überbetrieblichen Solidaritätskomitee.
Bernd Köhler, den wir heute schon Gelegenheit hatten, gemeinsam mit seinen Mitmusikern zu hören, unterstützte uns ebenfalls tatkräftig. Er organisierte eine breit getragene Künstlersolidarität für die vom Arbeitsplatzabbau bedrohten Beschäftigten und er begleitet den Chor Gegenwehr bei seiner künstlerischen Entwicklung.

Für diese große Solidarität möchte ich im Namen der Mannheimer IG Metall,
auch im Namen meines Vorgängers Reinhold Götz,
der uns begleitet und unterstützt hat,
bei allen,
die sich interessiert,
uns unterstützt und Anteil genommen haben,
herzlich bedanken.

Am Ende mussten wir erkennen, dass unsere gesetzlichen Möglichkeiten und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte nicht ausreichen, um ein Unternehmen,
dem es noch nicht einmal in erster Linie um wirtschaftliche Interessen,
sondern um eine Politik des Absprechens der Daseinsberechtigung von Betriebsräten und Gewerkschaften geht,
zu verhindern.

Was bleibt, ist das Gefühl der überwältigenden Solidarität.

Was aber auch bleibt, ist die Erkenntnis, dass Politik gefordert ist, solchen Unternehmen einen gesetzlichen Rahmen zu geben.

Einen Rahmen, der es verhindert, dass sie nach Belieben mit viel Geld und Marktmechanismen den sozialen und demokratischen Grundkonsens dieser Gesellschaft aufkündigen können.

Einen Rahmen, der es verhindert, dass Unternehmen Gesellschaften nur noch als Anhängsel sehen. Gesellschaften, die ausschließlich ihnen, also den Kapitalinteressen und dem Markt zu gehorchen haben.

Gelingt uns das nicht, stellt sich uns eine völlig andere, grundsätzlichere, Frage:

Gerät dann nicht unsere Demokratie in Gefahr?

Mehr als tausend tariflich abgesicherte und anständig bezahlte Arbeitsplätze werden gegen unseren Willen und begleitet von unser aller Gegenwehr bei GE abgebaut. Sie drohen unwiederbringlich zu verschwinden.
Mit ihnen auch die Fähigkeit, anspruchsvolle Produkte qualitativ hochwertig zu entwickeln und zu produzieren.

Wir suchen derzeit immer noch sehr intensiv nach potentiellen Investoren, die zumindest Teile der Gebäude, Maschinen und Beschäftigten übernehmen und produzieren könnten. Dass sich Produkte rentabel, flexibel und in hervorragender Qualität herstellen lassen, haben die Menschen viele Jahrzehnte bewiesen.

Einige der Betroffenen werden aber trotz aller Bemühungen und sehr guter Übergangs- und Abfindungsregelungen mittelfristig von Arbeitslosigkeit betroffen sein.

Für die derzeit verbleibenden ca. 700 Beschäftigten im Engineering- und Servicebereich war das Unternehmen nicht bereit, wie auch immer geartete Zusicherungen zu geben.

Niemand weiß, was in der nächsten Zeit passieren wird, ob eine weitere Restrukturierungswelle folgt,
ob und wenn ja wo das Unternehmen weiter existieren wird.

Ein für die Menschen untragbarer Zustand, eine unglaubliche Belastung für sie und ihre Familien.

Nun sagen aber einige,
die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Region und im Bundesgebiet ist auf einem Höchststand.

Das stimmt, Arbeit ist da.

Aber um welche Art von Arbeit handelt es sich?

Deutlich wird, es sind vor allem Arbeitsplätze in der Leiharbeit, im Niedriglohnbereich und bei den Werkverträgen.

Zunehmend stehlen sich Unternehmen aus tarifvertraglichen Strukturen, zahlen nur den Mindestlohn, ohne tarifliche Entgeltsteigerungen, ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Auf Kosten der Gesellschaft werden Menschen trotz einer Vollzeiterwerbstätigkeit zunehmend dazu degradiert, begleitende Sozialhilfen in Anspruch zu nehmen.
Aktuell sind über 4,4 Millionen Menschen in Beschäftigung auf Hartz 4 angewiesen.

Fehlende Tarifverträge, explodierende Mieten, weil Zuwenig bezahlbarer Wohnraum und steigende Kosten der Lebenshaltung führen dazu, dass das Leben trotz Arbeit nicht mehr bewältigt werden kann.

Arbeit und Leben der Menschen wird prekarisiert und Gewinnerträge verstetigt. Das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft wird auf den Kopf gestellt.

Sind das die Arbeitsplätze, wie wir sie uns vorstellen?

Ist dass das Leben, das wir führen möchten?

Wirtschaft, Einkommen und Vermögen in Deutschland wachsen.
Aber die Gerechtigkeitslücke wächst noch schneller!

Viele Menschen sind schon heute von Altersarmut betroffen.
Viele der heute Arbeitenden werden keine auskömmliche Rente bekommen.

Viele auch tarifvertraglich abgesicherte, gutverdienende Beschäftigte werden davon betroffen sein.

Das Rentenniveau soll weiter absinken und das Renteneintrittsalter weiter steigen.

Dabei müsste eine sozial ausgewogene und Altersarmut verhindernde Politik vielmehr die Selbständigen und Beamten miteinbeziehen,
eine Erwerbstätigenversicherung einführen und das Rentenniveau auf 50 % des ehemaligen Nettoverdienstes absichern.

Dafür würde es sich auch lohnen,
bei sicheren und tariflichen Verdiensten,
paritätisch finanziert,
Beitragserhöhungen in Kauf zu nehmen.

Die Rente mit 67 ist noch Realität,
schon schwadronieren Arbeitgeber von der Rente mit 70.

Diese Forderung ist absurd, dumm und töricht!

Schon die Rente mit 67 war eine der größten sozialpolitischen Fehlentscheidungen in der Geschichte!

Lassen wir uns nicht einreden, Rentenkürzungen und höhere Altersgrenzen dienten dem Schutz der Jungen.

Schützen wir die Jungen Menschen vor den falschen Jungendschützern.

Wer die Alterssicherung privatisiert, spielt nicht der nachwachsenden Generation, sondern Arbeitgebern und Versicherungskonzernen in die Hände.

Sicherheit im Alter ist zu wichtig, um sie den Finanzmärkten zu überlassen.

Wir wollen eine verlässliche Rentenversicherung,
auf die sich alle Generationen verlassen können - auch und vor allem die Jungen!

Die IG Metall hat eine Beschäftigtenbefragung durchgeführt.

Über 680.000 Menschen haben sich beteiligt,
Mitglieder und Unorganisierte.

Wir haben gefragt, sie haben uns geantwortet –
so geht Politik, die nah bei den Menschen ist!

Das Ergebnis ist ein beeindruckendes Votum für Tarifverträge, soziale Sicherheit und starke Gewerkschaften.

Mehr als 20 Prozent der Bevölkerung sind aber heute von Armut oder Ausgrenzung betroffen. Darunter viele Kinder und Jugendliche.

Arbeit war einst Quelle von Wohlstand für Viele.

Heute ist sie in einem zunehmenden Maße Quelle von Armut für immer mehr prekär Beschäftigte:

Wie sollen junge Menschen ihr Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist?

Wer heute keine feste also nur eine prekäre Beschäftigung vorweisen kann, bekommt noch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse.

Niedriglöhne, Leiharbeit und Werkverträge sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft, sie sind ein sozialstaatlicher und gesellschaftlicher Skandal.

Und, bei aller Freude über mehr Arbeitsplätze:

Vergessen wir unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht. Hartz IV hat versagt.

Es hat nicht Beschäftigung „Gute Arbeit“ gefördert – sondern Armut und Niedriglöhne.

Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihre sozialen Bürgerrechte.

Nicht sie sind asozial,
asozial ist, wer Menschen verwehrt, mit einem Vollzeitjob auskömmliches Geld zu verdienen zu können.

Wir fordern Leistungen, von denen man leben kann.

Weg mit Zumutbarkeitsregeln, die nach kürzester Zeit Arbeitslose in prekäre Arbeit ohne Rechte zwingen können.

Auch Arbeitslose haben ein Recht auf „Gute Arbeit“.

Dafür lohnt es sich zu streiten.

Statt aber mit uns zu kämpfen, versuchen einige, mit den Sorgen der Menschen ein übles Spiel zu spielen. Ich spreche von dieser Partei mit dem Etikettenschwindel im Namen, der „Alternative für Deutschland.“

Ich bin kein Patriot, ich bin Gewerkschafter und deshalb auch Internationalist und überzeugter Europäer. Aber wäre ich Patriot, ich würde mich schämen.

Wer auf der Flamme von Bürgerwut und Zukunftsängsten seine braune Suppe kochen will,
der meint es nicht gut mit seinem Land.

Wo waren sie denn, diese angeblichen Anwälte der kleinen Leute, als wir für Mindestlöhne, auskömmliche Renten, für sichere und gute Arbeit gekämpft haben?

Glaubt denn wirklich jemand, dass die Flüchtlinge fairen Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit im Wege stehen, oder dass wir Steuerflucht und explodierende Managergehälter in den Griff bekommen, wenn wir die Grenzen schließen?

Die Geschichte,
eure Geschichte liebe Jubilarinnen und Jubilare zeigt,
Hetze gegen Minderheiten hilft nicht gegen Ungerechtigkeit.

Hier ist Widerstand gegen Menschenverachtung und Dummheit angesagt!

Wir stehen für Toleranz und soziale Demokratie, auch für ein Europa in dem Menschenwürde keine leere Phrase ist.

Europa muss Heimat werden für die Menschen,
nicht nur Wirtschaftsraum,
der nur den Interessen Weniger dient.

Dafür braucht es eine Transnationalisierung der Demokratie und eine Transnationalisierung der sozialstaatlichen Grundgarantien,
denn Demokratie und Sozialstaat gehören zusammen.

Und weil das so ist, darf in einem demokratischen Sozialstaat für das Ethnisieren sozialer Konflikte kein Platz sein.
Wir müssen uns bewusst sein, dass die radikale Rechte versucht, die soziale Frage in völkischem Sinne umzudeuten.

Eine demokratische soziale Politik kann daher nur heißen, mit Empathie für die sozial Schwächeren einzutreten, unabhängig von ihrer Herkunft.

Genauso wie das Soziale gehören auch Vielfalt und Offenheit zur Demokratie.

Um diese liberalen Werte zu verteidigen, gilt es vor allem, die Themen Migration und Europa nicht den Rechtspopulisten zu überlassen.

Und auch nicht das Thema innere Sicherheit. Eine freie Gesellschaft darf auf Bedrohungen nicht mit kollektiver Einschränkung von Freiheitsrechten reagieren, muss aber gleichzeitig wehrhaft sein.

Das sind unsere Lehren aus der deutschen Geschichte, an derer Wiederaufbau nach dem Faschismus ihr liebe Jubilarinnen und Jubilare maßgeblich mitgewirkt habt.
Gute Arbeit für Menschen in Europa und in unserer Gesellschaft heißt auch: Arbeit darf nicht krank machen.

In Hochglanzbroschüren wird oft das Bild der schönen, neuen Arbeitswelt gemalt.

Mit jungen, gesunden Menschen - bis unter die Haarspitzen motiviert.

Und mit der Digitalisierung wird alles noch schöner, heller, bunter.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.
Restriktive Takt- und Schichtsysteme, Übersunden und Wochenendarbeit, Arbeitsverdichtung, zunehmender Stress und Arbeitshetze sind die Regel.

Burnout droht zur Volkskrankheit des 21. Jahrhundert zu werden!

Das Recht auf Gesundheit ist kein Luxusgut für Schönwetterperioden! Es ist ein Menschenrecht – egal, wie es um die Konjunktur steht!

Und die Arbeitgeber?

Sie haben nichts Besseres zu tun als die Abschaffung des Achtstunden-Tages zu fordern. Denn, so das Argument, der passe nicht mehr in die neue Zeit.

Liebe Jubilarinnen und Jubilare,
was nicht in die Zeit passt, sind ungezügelte Phantasien nach Arbeiten ohne Ende.

Menschen sind Menschen und keine Roboter!

Arbeitszeit und Arbeitsleistung muss entgolten werden, 1, 1 Milliarden Stunden unbezahlte und verfallene Arbeitszeit im letzten Jahr sind ein Skandal. Sie fehlen den Menschen im Geldbeutel, der Sozialversicherung als Beitragszahlung und dem Gesetzgeber als Steuer.
Auch deshalb braucht der Arbeitstag eine Grenze, brauchen wir Zeit zur Erholung und für Familie und Freunde.

Auch deshalb brauchen wir die Beibehaltung des Prinzips, dass geleistete Arbeit zwingend in Zeit oder Geld entgolten werden muss.

Ihr liebe Jubilarinnen und Jubilare habt dafür gekämpft und unser aller Aufgabe ist es, das auch zu bewahren.

Apropos Gerechtigkeit – sie wird auch in der Krankenversicherung mit Füßen getreten.

Die Arbeitgeberbeiträge sind eingefroren, die Versicherten finanzieren steigende Gesundheitskosten alleine.

Fast 95 Prozent haben in der IG Metall-Befragung die Rückkehr zur Parität gefordert. Dafür lohnt es sich zu streiten und den Parteien mit ihren Wahlprogrammen für die kommende Bundestagswahl auf die Finger zu schauen.

Liebe Jubilarinnen und Jubilare,

wir stehen in den Betrieben vor großen Herausforderungen.

Industrie 4.0 wird die Rahmenbedingungen der Wirtschaft und unserer Gesellschaft grundlegend verändern.

Produktionsprozesse werden immer stärker digitalisiert, der Wertschöpfungsanteil von Dienstleistungen wird weiter zunehmen.

Noch ist unklar, wie sich dies alles auf die Arbeitsplätze auswirken wird. Klar ist, dass die rasanten Veränderungen unsere Vorstellungen von guter Arbeit in Frage stellen werden.

Dabei geht es darum, wie wir den Veränderungsprozess bewältigen und die ob die Menschen weiterhin im Mittelpunkt des Handelns sind.

Auch die Elektro-Mobilität markiert eine große Herausforderung. Von heute im Durchschnitt 6 notwendigen Beschäftigten zur Herstellung eines Verbrennungsmotors werden nur noch zwei zur Herstellung eines Elektroantriebes benötigt werden.
Die Unsicherheit und Zukunftssorgen sind zunehmend.

Viele fragen, was und wie produzieren wir morgen und übermorgen?

Viele fragen, werde ich oder meine Kinder noch dabei sein?

Noch gibt es mehr Fragen als Antworten. Eines ist aber schon heute klar.

Wir werden uns aktiv beteiligen und einmischen müssen.

Bildung, lebenslanges Lernen, das ständige weiterqualifizieren der Beschäftigten werden dabei eine zentrale Rolle spielen.

Eine starke Unternehmensmitbestimmung, gute und für alle Beschäftigten geltende Tarifverträge, kompetente Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertreter werden entscheidend sein für das Gelingen dieses Transformationsprozesses.

Gute Arbeit, soziale Demokratie und Solidarität –Große Aufgaben allesamt!

Manchmal fragt man sich, wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: **Wir alle gemeinsam!**

Dafür brauchen wir Jung und Alt, Frauen und Männer, Ausländer und Deutsche, Menschen egal welchen religiösen Glaubens.

Wir brauchen den Mut und die Kraft, die wir uns immer wieder bei den vielen Mitgliedern leihen,
der wir uns rückversichern müssen,
die wir nie missbrauchen dürfen.

Wir existieren als ein freiwilliges und ausschließlich von unseren Mitgliedsbeiträgen finanziertes Bündnis.

2,2, Millionen IG Metaller bundesweit.
Mehr als 27.000 Mitglieder alleine in Mannheim.
3.000 Jugendliche,
über 1.000 Schüler und Studenten,
mehr als 1.000 in der Berufsausbildung befindliche junge Mitglieder in Mannheim zeigen.

Gewerkschaften waren noch nie aktueller als heute.
Fast 2.000 Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Schwerbehindertenvertreter und Vertrauensleute in mehr als 95 Betrieben in Industrie und Handwerk engagieren sich in der IG Metall.

Unsere aktiven Senioren mischen sich ein, setzen eigene Akzente und unterstützen uns in- und außerhalb der Betriebe in vielerlei Hinsicht.

Die Frauen, Jugend, Angestellte, Handwerker und Migranten,
unsere Arbeits- und Gesundheitsschützer,
die Auszubildenden- und Studierendenvertreter leisten ehrenamtlich einen tollen Beitrag zum Gelingen der Zukunft in unserem Sinne

Ja, für uns ist die Zukunft sicher besser als damals. Wir haben gemeinsam viel geleistet und erkämpft. Dass unsere Zukunft besser sein wird als die Gegenwart, ist so sicher nicht, aber sicher möglich.

Es hängt von unserem Engagement ab.

Mit euch, liebe Jubilarinnen und Jubilare und den vielen anderen Mitgliedern ist uns nicht bange.

Ich danke im Namen der IG Metall für eure 40, 50, 60 und gar 70 jährige Mitgliedschaft, für euer Mitwirken und Unterstützung.

Ich verneige mich auch im Namen von Thomas Hahl,
im Namen des Ortsvorstandes,
der Beschäftigten der Geschäftsstelle Mannheim und der gesamten IG Metall vor eurer Lebensleistung.

Bleibt uns weiterhin gewogen, bei guter Gesundheit und dem Gedanken einer freiheitlich demokratischen und solidarischen Gesellschaft verpflichtet.

Wir wünschen euch und euren Lieben einen schönen Verlauf des weiteren Abends.

Wir hören nun wieder Bernd Köhler und das kleine elektronische Weltorchester Ewo2.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.